



Bundesministerium
des Innern

Verfassungsschutzbericht 2012

Kurzzusammenfassung



1. Politisch motivierte Kriminalität (PMK)¹

Das BKA registrierte für das Jahr 2012 insgesamt 27.440 (2011: 30.216) politisch motivierte Straftaten. In dieser Zahl sind 13.524 (49,3%) Propagandadelikte enthalten (2011: 12.771 Delikte = 42,3%). 2.464 Delikte (9,0%) sind der politisch motivierten Gewaltkriminalität zuzuordnen (2011: 3.108 = 10,3%). Bei 21.265 Straftaten (77,5%) der politisch motivierten Straftaten lag ein extremistischer Hintergrund vor (2011: 21.610 = 71,5%). Bei den Straftaten mit extremistischem Hintergrund handelt es sich somit um einen Teilbereich der PMK.

Im Phänomenbereich „**Politisch motivierte Kriminalität - rechts**“ wurden 17.134 (2011: 16.142) Straftaten mit extremistischem Hintergrund erfasst, darunter 802 (2011: 755) Gewalttaten. Bei den rechtsextremistisch motivierten Straftaten war ein Anstieg um 6,1% und bei den Gewalttaten ein Anstieg um 6,2% zu verzeichnen. Der Anteil der Gewalttaten an der Gesamtzahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten beträgt 4,7% (2011: 4,7%). Bei 81,4% (2011: 80,6%) aller rechtsextremistisch motivierten Straftaten handelte es sich entweder um Propagandadelikte (12.219 Taten, 2011: 11.401) oder um Fälle von Volksverhetzung (1.733 Taten, 2011: 1.605). Insgesamt wurden 189 Delikte (2011: 217) im Themenfeld „Gewalttaten gegen Linksextremisten oder vermeintliche Linksextremisten“ und 66 Delikte (2011: 61) im Themenfeld „Gewalttaten gegen sonstige politische Gegner“ ausgewiesen.

Dem Phänomenbereich „**Politisch motivierte Kriminalität - links**“ wurden 6.191 (2011: 8.687) Straftaten zugeordnet, hiervon 1.291 (2011: 1.809) Gewalttaten. 3.229 Straftaten (2011: 4.502) haben einen linksextremistischen Hintergrund, darunter 876 Gewalttaten (2011: 1.157). Die Zahl der linksextremistisch motivierten Straftaten ging um 28,3% zurück. Auch die Zahl der linksextremistisch motivierten Gewalttaten, die im Jahr 2011 seit Einführung des geltenden Definitionssystems „Politisch motivierte Kriminalität“ im Jahr 2001 einen Höchststand erreicht hatte, war 2012 wieder rückläufig: Hier war 2012 ein Rückgang um 24,3% zu verzeichnen. Von den linksextremistisch motivierten Gewalttaten wurden 471 Fälle (2011: 700) im Themenfeld „Gewalttaten gegen die Polizei/Sicherheitsbehörden“, 405 (2011: 546) im Themenfeld „Gewalttaten gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten“ und 32 (2011: 122) im Themenfeld „Kampagne gegen Umstrukturierung“ ausgewiesen.

Im Phänomenbereich „**Politisch motivierte Ausländerkriminalität**“ wurden 618 Straftaten (2011: 730) mit extremistischem Hintergrund erfasst, darunter

¹ Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA).

117 Gewalttaten (2011: 191). Damit sank die Zahl der Straftaten im Bereich „Politisch motivierter Ausländerkriminalität“ mit extremistischem Hintergrund um 15,3%. Die Zahl der Gewalttaten ging um 38,7% zurück.

Bei 284 Straftaten (2011: 236) deuten die Tatumstände auf einen extremistischen Hintergrund hin, die Taten konnten jedoch **keinem bestimmten Phänomenbereich** zugeordnet werden.

2. Rechtsextremismus

Das rechtsextremistische **Personenpotenzial** in Deutschland ist im Jahr 2012 auf 22.150 Personen gesunken (2011: 22.400; 2010: 25.000). Verantwortlich hierfür sind insbesondere die Mitgliederverluste im Parteienspektrum. Das Personenpotenzial der gewaltbereiten Rechtsextremisten ist leicht zurückgegangen und beträgt nunmehr 9.600 Personen (2011: 9.800; 2010: 9.500). Die Anzahl der Neonazis stagniert bei 6.000 (2011: 6.000; 2010: 5.600).

Nach einem Höchststand im vergangenen Jahr ist bei den rechtsextremistischen **Demonstrationen** ein erheblicher Rückgang zu verzeichnen (2012: 211, 2011: 260). Dies betrifft insbesondere die Anzahl von Veranstaltungen des neonazistischen Spektrums (2012: 95; 2011: 167).

Einen Arbeitsschwerpunkt des Verfassungsschutzes bildet die Beobachtung des **gewaltbereiten Rechtsextremismus**. In diesem Spektrum ist – wenn auch zahlenmäßig eher gering – ein Personenpotenzial vorhanden, das ein rechtsterroristisches Handeln zum Erreichen der eigenen politischen Ziele nicht ausschließt. Durch eine personenorientierte Arbeitsweise, verbunden mit dem zielgerichteten Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel und dem intensiven Austausch sämtlicher relevanter Informationen im Verbund der Sicherheitsbehörden gilt es, eine mögliche oder weitere Radikalisierung – sowohl von Kleinstgruppen als auch von Einzelpersonen – frühzeitig zu erkennen, um terroristische Strukturen bereits im Anfangsstadium zu zerschlagen.

Bei den im Jahr 2012 durchgeführten Exekutivmaßnahmen gegen die rechtsextremistische Szene – zu nennen sind hier insbesondere die Verbote von sechs neonazistischen Gruppierungen durch die jeweiligen Innenminister der Länder – wurden Erkenntnisse gewonnen, die **Waffenbesitz bzw. -affinität** von Angehörigen des rechtsextremistischen Spektrums belegen.

Die **neonazistische Szene** spricht insbesondere durch Veranstaltungen mit Eventcharakter vorrangig Jugendliche an, die hierdurch Zugang zu diesem Spektrum bzw. der dahinter stehenden Ideologie finden. Auch bei erlebnisorientierten Rechtsextremisten, die in der Vergangenheit eher über die subkulturelle Szene, vor allem durch deren Musik, Zugang zur Szene gefunden haben,

finden die aktionsorientierten neonazistischen Gruppierungen Anklang. Gewalt- und Waffenaffinität sind der neonazistischen Ideologie immanent. Hinzu kommt die in der Szene verbreitete Festlegung auf Feindbilder und die Kampfbereitschaft. Dies kann bei einzelnen Personen oder Kleinstgruppen dazu führen, Gewalt planvoll und zielgerichtet einzusetzen.

Der in den vergangenen Jahren festgestellte Abbau von Strukturen in der Neonaziszene hat sich fortgesetzt. Die Mehrzahl der überwiegend regionalen Gruppierungen verzichtet auf feste Organisationsstrukturen, auch um Vereinsverbote zu erschweren.

Die seit Jahren anhaltenden Mitgliederverluste bei der „**Nationaldemokratischen Partei Deutschlands**“ (NPD) haben sich unter dem neuen Parteivorsitzenden Holger Apfel fortgesetzt. Ende 2012 gehörten der Partei 6.000 Mitglieder an (2011: 6.300). Apfel konnte nach seiner Amtsübernahme Ende 2011 keine Modernisierung der Partei einleiten. Neben ausbleibenden Wahlerfolgen und interner Kritik, die auch vor dem Parteivorsitzenden nicht Halt macht, setzt auch die prekäre Finanzsituation die NPD zunehmend unter Druck. Am 14. Dezember 2012 hat der Bundesrat beschlossen, ein Verfahren zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Partei einzuleiten.

Ende Mai 2012 gründete der Neonazi Christian Worch die **Partei „DIE RECHTE“** und fungiert als deren Vorsitzender. Zwei weitere Neonazis gehören dem Bundesvorstand der Partei an. Insbesondere der größte und aktivste Landesverband in Nordrhein-Westfalen ist stark neonazistisch geprägt, etliche ehemalige Angehörige verbotener neonazistischer Vereinigungen nehmen dort wichtige Funktionen wahr. Ende 2012 verfügte die Partei über zwei Landes- und sechs Kreisverbände.

Hauptagitationsfeld der „**Bürgerbewegung pro NRW**“ ist der Kampf gegen eine angeblich drohende Islamisierung Deutschlands bzw. Europas. Im Zuge eines auf „maximale Provokation“ ausgelegten Landtagswahlkampfes der „Bürgerbewegung pro NRW“ kam es im Mai 2012 in Solingen und Bonn zu gewaltsamen Ausschreitungen durch gewaltbereite Salafisten, die sich durch das Zeigen von Mohammed-Karikaturen provoziert gefühlt hatten. Sie durchbrachen polizeiliche Absperrungen, bewarfen die Teilnehmer der „pro NRW“-Kundgebung sowie die eingesetzten Polizeikräfte, aber auch Unbeteiligte, mit Steinen und schlugen sie mit Fahnenstangen. Dabei wurden u.a. 31 Polizeibeamte z.T. schwer verletzt. Eine vergleichbare Gewalteskalation von Seiten salafistischer Aktivisten konnte bislang nicht festgestellt werden und stellt eine neue Ausprägung islamistisch motivierter Aktionsformen dar.

Aus der von „pro NRW“-Anhängern kalkulierten Provokation von Gegen-demonstranten und Muslimen – insbesondere von gewaltbereiten Salafisten – ergibt sich ein erhöhtes Gefährdungspotenzial.

Das **Internet** hat sich für Rechtsextremisten zu einem zentralen Kommunikationsmedium entwickelt. Im Rahmen der Vernetzungs- und Mobilisierungsbemühungen kommt neben den klassischen Internetpräsenzen und Homepages anderen Diensten des Internets (z.B. sozialen Netzwerken, YouTube-Videos und dem Kurznachrichtendienst Twitter) steigende Bedeutung zu. Insbesondere die wechselseitigen Verlinkungen unter den Nutzern sozialer Netzwerke fördern die Bildung von „Freundeskreisen“, erzeugen bei den Teilnehmern ein Zusammengehörigkeitsgefühl und führen oftmals zur Entstehung virtueller Beziehungen. Bisweilen finden diese Internetkontakte Widerhall im realen Leben und münden in persönliche Verbindungen, Teilnahme an Treffen bis hin zur Gründung von Personenzusammenschlüssen, die eigene Aktivitäten in der Realwelt entwickeln.

Musik mit rechtsextremistischen Texten spielt nach wie vor eine wichtige Rolle im gesamten rechtsextremistischen Spektrum. In Liedtexten werden offen oder unterschwellig Feindbilder und Ideologiefragmente transportiert. Die Musik ist geeignet, insbesondere Jugendliche an die rechtsextremistische Szene heranzuführen und zugleich an sie zu binden. Die Anzahl der rechtsextremistischen Konzerte ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken (2012: 82; 2011: 131). Die Anzahl der aktiven rechtsextremistischen Musikgruppen ist im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen (2012: 182; 2011: 178).

3. Linksextremismus

Das **Personenpotenzial** des Linksextremismus ist 2012 auf 29.400 Personen zurückgegangen (2011: 31.800). Dies ist auf den seit Jahren anhaltenden Mitgliederrückgang im Bereich der marxistisch-leninistischen und sonstigen revolutionär-marxistischen Zusammenschlüsse zurückzuführen (2012: 22.600 Mitglieder; 2011: 25.000). Das Personenpotenzial der gewaltbereiten Linksextremisten hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert (2012 und 2011: 7.100 Personen, darunter 6.400 Autonome).

Das **Gewaltpotenzial** im Linksextremismus ist spürbar angestiegen. Zudem belegen zahlreiche Ausschreitungen im Zusammenhang mit Demonstrationen die sinkende Hemmschwelle von Linksextremisten. Dies zeigt sich u.a. darin, dass Körperverletzungen bewusst in Kauf genommen werden. Die Zahl der versuchten Tötungsdelikte hat sich 2012 fast verdreifacht (2012: 8, 2011: 3). Angriffe auf Beamte, die Demonstrationen oder sonstige Veranstaltungen sichern, sowie auf Polizeistreifen und -reviere werden weitgehend akzeptiert, sofern Menschenleben dadurch nicht unmittelbar gefährdet werden. Allerdings nehmen Kleingruppen bei ihren Anschlägen zumindest schwere Verletzungen billigend in Kauf. So wurde am 5. Mai 2012 im Berliner Stadtteil Kreuzberg ein an einer Ampel stehender Streifenwagen mit Pflastersteinen beworfen. Bis-

lang nicht identifizierte Täter rissen eine Fahrzeugtüre auf und setzten den Rücksitz in Brand. Ein weiterer Brandsatz zerbrach an der Fahrertür und entzündet den Streifenwagen von außen.

Obgleich es im Jahr 2012 keine herausgehobenen Ereignisse oder Veranstaltungen gab, die einen besonderen Anlass für „antimilitaristische“ Reaktionen geboten hätten, entsprach das Aktionsniveau gewaltbereiter Linksextremisten in diesem Bereich dem Niveau des Vorjahres. Ziele militanter Aktionen waren neben der Bundeswehr auch privatwirtschaftliche Unternehmen, die Rüstungsgüter herstellen oder mit der Bundeswehr zusammenarbeiten.

Das traditionelle Aktionsfeld „Antifaschismus“ blieb auch 2012 zentrales Element der politischen Arbeit von Linksextremisten, insbesondere aus dem gewaltbereiten Spektrum. Sie empfinden das Auftreten von vermeintlichen oder tatsächlichen Rechtsextremisten als Provokation - direkte körperliche Angriffe auf diese Personen gelten bei gewaltbereiten Linksextremisten als legitim und vermittelbar. Die zahlreichen Ausschreitungen gegen Aufzüge und Versammlungen der rechtsextremistischen Szene belegen das hohe Gewaltpotenzial der Szene.

Der „Revolutionäre 1. Mai“ – als „Kampftag der internationalen Arbeiterbewegung“ nach wie vor von herausragender Bedeutung im linksextremistischen Veranstaltungskalender – fand im Jahr 2012 überwiegend im Zeichen der Wirtschafts- und Finanzkrise statt. Die Schwerpunkte lagen wie in den Vorjahren in den autonomen Hochburgen Berlin und Hamburg. Die Teilnehmerzahl in Berlin lag leicht über der des Vorjahres, in Hamburg deutlich darunter. Das Gewaltniveau ging insgesamt zurück, was für die szeneeinternen Bemühungen um eine Repolitisierung der eigenen Aktionen spricht.

Neben der konfrontativen Straßengewalt verüben einzelne Personenzusammenhänge des gewaltbereiten Spektrums schwere, **verdeckt vorbereitete Anschläge**. Diese Gewalttaten sind planvoll konzipiert und sollen eine Signalwirkung erzeugen. Häufig werden die Anschläge in Selbstbeichtigungsschreiben, die an Pressemedien versandt oder im Internet verbreitet werden, ideologisch begründet und gerechtfertigt. Zum Schutz vor Strafverfolgung verwenden die Täter in ihren Erklärungen meist wechselnde Aktionsbezeichnungen oder verzichten gänzlich auf Namen („no-name“-Gewalt).

Der Einsatz neuer Medien spielt auch im Linksextremismus eine zentrale Rolle. Das **Internet** dient linksextremistischen Gruppen sowohl als Kommunikationsplattform und offenes Medium zur propagandistischen Agitation als auch zur Mobilisierung und Rekrutierung. Darüber hinaus wird es auch für Anwendungen im verdeckten, passwortgeschützten Bereich von der „antifaschistischen Hackerszene“ und der „Cyberguerilla“ genutzt. Zahlreiche Internetportale und Nachrichtenblogs fungieren als Drehscheibe für die Information und

Koordination innerhalb des linksextremistischen Spektrums. Die geschlossenen Foren werden mit dem Hinweis auf die Errichtung einer szeneeigenen digitalen Infrastruktur zum Schutz der Kommunikationswege als „Rote Zonen“ bezeichnet.

Hackingangriffe von Linksextremisten stellen eine spezielle Art des „antifaschistischen Kampfes“ dar und haben in den letzten Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen. Sie richteten sich gegen Internetpräsenzen des „politischen Gegners“. Diese Angriffe sind oftmals mit einem sogenannten Defacement verbunden, d.h. Internetauftritte werden durch einen elektronischen Angriff optisch und inhaltlich verfälscht.

Ein bislang nur wenig beachtetes Agitationsfeld im Linksextremismus ist die **Musik**, die sowohl von gewaltbereiten als auch von orthodoxen Linksextremisten gezielt zur Verbreitung ideologischer Vorstellungen genutzt wird. Darüber hinaus dient einschlägige Musik dazu, Teilnehmer für Veranstaltungen zu mobilisieren, Aktivisten zu gewinnen und Gelder für die Szenearbeit zu erwirtschaften.

4. Islamismus/islamistischer Terrorismus

Der **internationale islamistische Terrorismus** ist eine massive Bedrohung für die internationale Staatengemeinschaft und stellt für die innere Sicherheit Deutschlands – trotz zahlreicher Fahndungserfolge – weiterhin eine der größten Gefahren dar.

Das islamistische **Personenpotenzial** ist auf 42.550 Personen angewachsen (2011: 38.080). Der Anstieg beruht insbesondere auf der erstmaligen Einrechnung der den salafistischen Bestrebungen zugeordneten Mitglieder/Anhänger (4.500) in das Gesamtpotenzial.

Die islamistische Szene in Deutschland besteht aus verschiedenen Strukturen, die stark miteinander vernetzt sind. Hieraus resultieren Gefahren für die innere Sicherheit, die jederzeit in Form von Anschlägen unterschiedlicher Dimension und Intensität real werden können.

Das Spektrum islamistisch-terroristischer Strukturen reicht von Netzwerken gewaltbereiter Islamisten, die in enger Beziehung zu „jihadistischen“ Organisationen im Ausland stehen, über weitgehend autonom operierende Kleinstgruppen bis hin zu Einzeltätern, die sich – zum Teil in rasanter Geschwindigkeit über das Internet – selbst radikalieren und Anschläge selbstständig planen.

Diese Einzeltäter stellen eine besondere Herausforderung für die Sicherheitsbehörden dar, weil ihre Anschlagpläne oder Vorbereitungshandlungen, auch

wegen der zurückgezogenen Lebensweise dieser Personen, im Vorfeld nur schwer zu erkennen sind.

Am 10. Februar 2012 verurteilte das OLG Frankfurt am Main (Hessen) den kosovarisch-serbischen Attentäter des Frankfurter Flughafenanschlags vom 2. März 2011 wegen Mordes in zwei Fällen und versuchten Mordes in drei Fällen zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe. Das Gericht stellte u.a. fest, dass der Angeklagte einen islamistisch motivierten Anschlag auf eine Gruppe US-amerikanischer Soldaten verübt und dabei zwei US-amerikanische Soldaten getötet und zwei weitere schwer verletzt hat. Es handelte sich um den ersten islamistisch motivierten terroristischen Anschlag in Deutschland.

Am 25. Juli 2012 begann vor dem OLG Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) der Prozess gegen vier Mitglieder der sogenannten Düsseldorfer Zelle, die u.a. wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung „al-Qaida“ angeklagt wurden. Die Angeklagten sollen im Auftrag der „al-Qaida“-Führung geplant haben, einen Terroranschlag in Deutschland zu verüben.

Der **Salafismus** ist sowohl in Deutschland wie auch auf internationaler Ebene die zurzeit dynamischste islamistische Bewegung. Er verzeichnet in Deutschland weiterhin steigende Anhängerzahlen. Die Propaganda wird insbesondere über das Internet verbreitet, erfolgt aber auch durch sogenannte Islamseminare und öffentlichkeitswirksame Kampagnen.

Die gewalttätigen Ausschreitungen Anfang Mai 2012 in Nordrhein-Westfalen gegen das Zurschaustellen der Muhammad-Karikaturen während der Wahlkampftour der „Bürgerbewegung pro NRW“ haben gezeigt, welches Gewaltpotenzial hier vorhanden ist, das sich anlassabhängig entladen kann. Mit erneuten gewalttätigen Aktionen salafistischer Akteure muss insbesondere gerechnet werden, wenn islamkritische bzw. islamfeindliche Positionen öffentlichkeitswirksam in Deutschland vertreten werden.

Mit Verfügung vom 29. Mai 2012 hat der Bundesminister des Innern die salafistisch-„jihadistische“ Vereinigung „Millatu Ibrahim“ verboten und vereinsrechtliche Ermittlungsverfahren gegen die ebenfalls salafistischen Vereine „DawaFFM“ und „Die wahre Religion“ (DWR) eingeleitet.

Das **Internet** ist das wichtigste Kommunikations- und Propagandamedium für Islamisten und islamistische Terroristen. Die im Internet verbreitete Propaganda wie auch die sich dort konstituierenden „virtuellen“ Netzwerke tragen dazu bei, dass sich Aktivisten und Sympathisanten des „globalen Jihad“ als Teil einer einzigen Bewegung begreifen, selbst wenn sich ihre Ziele und Handlungsmotive zuweilen stark unterscheiden. „Jihadistische“ Propaganda wird im Internet in vielfältigen Formaten veröffentlicht und verbreitet. So werden re-

regelmäßig Videos, Audiodateien, Online-Zeitschriften und -Bücher, Bekenntungen zu Anschlägen, Interviews mit Anführern oder Mitgliedern „jihadistischer“ Gruppierungen sowie Ehrungen von sogenannten Märtyrern veröffentlicht.

Die „**legalistischen**“ **islamistischen Gruppierungen** in Deutschland, die sich als Interessenvertretungen großer Teile der hier lebenden Muslime sehen, wollen nach wie vor durch politische Einflussnahme und gezielte Öffentlichkeitsarbeit ihren Anhängern im Bundesgebiet in möglichst vielen Bereichen Freiräume für ein schariakonformes Leben schaffen. Diese Gruppierungen betrachten die Scharia als ein zu jeder Zeit gültiges, alle Lebensbereiche regelndes Gesetzssystem, dessen Anwendung langfristig unabdingbar sei. Mitgliederstärkste Gruppierung dieses Spektrums ist die „Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e.V.“ (IGMG) mit 31.000 Mitgliedern/Anhängern, die sich in einer personellen und strukturellen Umbruchphase befindet. Der Vorsitzende der IGMG ist bemüht, die Arbeit der IGMG zu professionalisieren und das Profil der Organisation religiöser auszurichten.

Von diesen „legalistischen“ Strukturen zu unterscheiden sind islamistische Organisationen, die in ihren Herkunftsländern auch mit Gewalt agieren, um die dortigen Verhältnisse durch eine islamistische Gesellschaftsordnung zu ersetzen. Beispielsweise sammeln die Anhänger der libanesischen „Hizb Allah“ in Deutschland Spendengelder, um die Aktivitäten der Mutterorganisationen zu unterstützen.

5. Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern (ohne Islamismus)

Das **Personenpotenzial** im Bereich des nichtislamistischen sicherheitsgefährdenden bzw. extremistischen Ausländerextremismus ist 2012 deutlich angewachsen (2012: 28.810 Personen, 2011: 26.410). Dies ist auf Zuwächse im Bereich der nationalistischen Ausländergruppierungen zurückzuführen (2012: 10.840, 2011: 7.840).

Die Aktivitäten dieser Organisationen werden ganz wesentlich durch aktuelle politische Entwicklungen und Ereignisse in ihren jeweiligen Herkunftsländern bestimmt.

Die Anhänger der in Deutschland mit einem Betätigungsverbot belegten „**Arbeiterpartei Kurdistans**“ (**PKK**) veranstalteten – insbesondere durch die „Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland e.V.“ (YEK-KOM) – diverse Großveranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen, die für propagandistische Zwecke, gleichzeitig aber auch zur Werbung neuer Anhänger genutzt werden.

Im Verlauf des Jahres 2012 verschärften sich im türkisch-irakischen Grenzgebiet die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Guerillaeinheiten der PKK, den sogenannten Volksverteidigungskräften (HPG), und dem türkischen Militär. In Europa führte dies zu erheblichen Spannungen zwischen den hier lebenden der PKK nahestehenden Kurden und nationalistischen Türken. In Deutschland kam es in diesem Zusammenhang zu öffentlichkeits- und medienwirksamen Besetzungen und gewalttätigen Aktionen durch Anhänger der PKK-Jugendorganisation „Komalên Ciwan“. So besetzten Anhänger der Jugendorganisation u.a. am 13. April 2012 das Rhein-Neckar-Fernsehen (RNF) in Mannheim (Baden-Württemberg) und am 15. April 2012 ein Ausflugschiff in Köln (Nordrhein-Westfalen).

Anhänger **türkischer linksextremistischer Organisationen** propagieren den bewaffneten Kampf in ihrem Heimatland und übernahmen auch im Jahr 2012 wieder die Verantwortung für terroristische Anschläge in der Türkei. In Deutschland agieren sie hingegen nahezu gewaltfrei. In ihrer Agitation beziehen sie sich überwiegend auf Vorkommnisse in der Türkei. Sie äußern sich aber auch zu Ereignissen in der Bundesrepublik Deutschland und gerieren sich hier als Vertreter von Migrantens- und Arbeiterinteressen.

Anhänger der türkischen **nationalistischen „Ülkücü“-Bewegung** (Verdachtsfall), die in der Öffentlichkeit auch als „Graue Wölfe“ bezeichnet werden, traten insbesondere im Rahmen von Demonstrationen in Erscheinung. Dabei kam es vereinzelt zu massiven Ausschreitungen zwischen nationalistischen Türken und Kurden.

Die **separatistischen asiatischen Organisationen** wie die „Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE) und Gruppierungen aus der Religionsgemeinschaft der Sikhs streben die Lösung vom Staat Sri Lanka bzw. Indien an. Erklärtes Ziel der LTTE ist die Errichtung eines von Sri Lanka unabhängigen Tamilen-Staates „Tamil Eelam“ im überwiegend von Tamilen bevölkerten Norden und Osten der Insel. Im Berichtsjahr 2012 waren sie insgesamt bestrebt, die Öffentlichkeit durch Veranstaltungen und Demonstrationen auf ihre Belange aufmerksam zu machen. Dabei konzentrierten sie sich in Deutschland ganz überwiegend auf propagandistische Aktivitäten.

6. Spionage und sonstige nachrichtendienstliche Aktivitäten

Die Bundesrepublik Deutschland ist aufgrund der geopolitischen Lage, der Rolle in der Europäischen Union (EU) und in der NATO sowie als Standort zahlreicher Unternehmen der Spitzentechnologie für fremde Nachrichtendienste sehr attraktiv. Ihre offene und pluralistische Gesellschaft erleichtert ihnen die Informationsbeschaffung.

Viele Nachrichtendienste handeln nicht allein nach gesetzlichen Aufgabenzuweisungen, sondern werden zudem politisch gesteuert. Die **Schwerpunkte der Beschaffungsaktivitäten** orientieren sich an den jeweiligen aktuellen politischen Vorgaben oder wirtschaftlichen Prioritäten in ihren Staaten. Die Aktivitäten ausländischer Nachrichtendienste reichen von der Informationsbeschaffung aus Politik, Wirtschaft, Militär sowie Wissenschaft und Technik bis hin zur Ausspähung und Unterwanderung in Deutschland ansässiger Organisationen und Personen, die in Opposition zu den jeweiligen Regierungen im Heimatland stehen.

Hauptträger der Spionageaktivitäten gegen Deutschland sind derzeit die Russische Föderation und die Volksrepublik China. Darüber hinaus sind Länder des Nahen und Mittleren Ostens zu nennen.

Die Nachrichtendienste fremder Staaten sind in unterschiedlicher Personalstärke an den jeweiligen amtlichen oder halbamtlichen Vertretungen in Deutschland präsent und unterhalten dort sogenannte **Legalresidenturen**. Hierbei handelt es sich um Stützpunkte fremder Nachrichtendienste, die in einer offiziellen (z.B. Botschaft, Generalkonsulat) oder halboffiziellen (z.B. Presseagentur, Fluggesellschaft) Vertretung im Gastland abgetarnt sind.

Daneben führen diese Dienste auch Operationen ohne Beteiligung ihrer Legalresidenturen durch. Sie nutzen z.B. im eigenen Land zahlreiche Möglichkeiten der Informationsbeschaffung über ausländische Staatsangehörige. Außerdem unternehmen Nachrichtendienstoffiziere aus der Dienstzentrale im Rahmen ihrer operativen Aktivitäten Erkundungs- und Treffreisen in andere Länder. Dabei nutzen sie konsequent die Reisefreiheit innerhalb des Schengenraums. Auch Agenten treffen sich mit ihren Führungsoffizieren zuweilen nicht in Deutschland, sondern im europäischen Ausland. Zusätzlich werden auch „Illegale“ eingesetzt. So werden Nachrichtendienstoffiziere bezeichnet, die mit einer Falschidentität ausgestattet in Zielländer eingeschleust werden. Sie erfüllen dort auf längere Dauer angelegte Spionageeinsätze oder erledigen vorübergehend bestimmte nachrichtendienstliche Aktivitäten als „Reise-Illegale“. Nach erfolgreicher Legalisierung ihrer Falschidentität können sie langfristig eingesetzt werden und sich eine Fülle von Zugängen verschaffen.

Neben der Spionage mit menschlichen Quellen hat die **technische Informationsbeschaffung** in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Insbesondere „Elektronische Angriffe“ haben sich zu einer wichtigen Methode der Informationsgewinnung entwickelt. Hierunter sind gezielt durchgeführte Maßnahmen mit und gegen IT-Infrastrukturen zu verstehen, die auf eine Informationsbeschaffung oder auf eine Schädigung bzw. Sabotage der attackierten Systeme abzielen.

Die Urheber „Elektronischer Angriffe“ sind oft nicht zweifelsfrei zu identifizieren. Allerdings bedienen sich auch fremde Nachrichtendienste solcher Techniken. In diesen Fällen fällt die Bearbeitung in die Zuständigkeit der Spionageabwehr.

Insbesondere solche Informationen, die auf diesem Wege bei staatlichen Stellen abgeschöpft werden können, sind für fremde Nachrichtendienste von Interesse. Die große Anzahl „Elektronischer Angriffe“ gegen Bundesbehörden mit mutmaßlichem nachrichtendienstlichem Hintergrund verdeutlicht den hohen Stellenwert dieser Art der Informationsbeschaffung.

Darüber hinaus bemühen sich einige Länder, in den Besitz von **Technologien für Massenvernichtungswaffen** zu gelangen. Sie versuchen, Kontrollmaßnahmen in den Ausfuhrländern durch Lieferungen über Drittländer zu verschleiern oder durch die Beschaffung von „dual use“-Gütern² zu umgehen. Die Weiterverbreitung von atomaren, biologischen oder chemischen Massenvernichtungswaffen bzw. der zu ihrer Herstellung verwendeten Produkte sowie entsprechender Waffenträgersysteme (z.B. Raketen und Drohnen) einschließlich des dafür erforderlichen Know-how wird als **Proliferation** bezeichnet.

Die Bundesrepublik Deutschland ist als eine der führenden Industrienationen ein wichtiges Ziel für proliferationsrelevante Beschaffungen. Insbesondere die Aktivitäten des Iran und Nordkoreas geben großen Anlass zur Sorge.

Der Technologie- und Forschungsstandort Deutschland weckt aber auch weitere Begehrlichkeiten. Fremde Staaten und ihre Nachrichtendienste versuchen, auf vielfältige Weise Informationen und Know-how abzuschöpfen mit dem Ziel, der eigenen Volkswirtschaft Wettbewerbsvorteile zu verschaffen und möglichst schnell Technologielücken zu schließen.

Die Bundesregierung misst dem **Wirtschaftsschutz** und seinem Ziel, deutsches Know-how als Wettbewerbsvorteil zu sichern, hohe Bedeutung zu. Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder sehen sich daher in der Pflicht, auch präventiv gegen diese Bedrohungen vorzugehen.

Hier setzt das **Informations- und Beratungsangebot des BfV** an. Es soll den Unternehmen helfen, abstrakt geschilderte Gefährdungen dahingehend einzuschätzen, ob sie auch ihren eigenen Betrieb bedrohen könnten. Sie bieten Denkanstöße, bisher unbeachtete Risikofaktoren zu erkennen und zu konkretisieren. Letztlich sollen sie helfen, den Weg zu einem eigenen qualifizierten Sicherheitskonzept zu beschreiten.

² Hierbei handelt es sich um Produkte, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke verwendet werden können.

7. „Scientology-Organisation“ (SO)

Seit 2008 ist ein rückläufiger Trend bei der Entwicklung der Mitgliederzahlen der „Scientology Organisation“ (SO) zu beobachten. Nach Einschätzung der Verfassungsschutzbehörden lag die Anzahl der Mitglieder im Jahr 2012 bei 3.500 bis 4.500 Personen (2008 5.000 bis 6.000).

Die Organisation, die sich nach außen als unpolitische Religionsgemeinschaft darstellt, lehnt das demokratische Rechtssystem ab. Sie strebt als Fernziel eine von ihr allein beherrschte Gesellschaftsordnung an, in der wesentliche Grund- und Menschenrechte eingeschränkt oder ganz außer Kraft gesetzt werden sollen. Dieses politische Fernziel will die SO durch eine langfristig ausgerichtete Expansionsstrategie erreichen. So versucht sie weiterhin, im Rahmen einer sogenannten „Idealen-Org-Kampagne“ ihre deutschen Niederlassungen zu vergrößern und verstärkt politisch zu wirken. Nachdem die Niederlassung der SO in Berlin bereits im Jahr 2008 „Ideale Org“ geworden war, hat im Jahr 2012 auch die Hamburger „Org“ diesen Status erreicht.

Neben Berlin und Hamburg liegen die regionalen Schwerpunkte hinsichtlich des Mitgliederbestands und der Tätigkeit der SO in Baden-Württemberg und Bayern. Daneben gibt es in Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen jeweils eine größere Zahl von Mitgliedern. Trotz fortgesetzter Versuche, über Werbeaktivitäten neue Mitglieder zu gewinnen, waren die öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten der SO 2012 rückläufig.